



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

**Staatssekretär**

An den  
Vorsitzenden  
des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Peter Sönnichsen, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn  
Präsidenten  
des Landesrechnungshofes  
Schleswig-Holstein  
Dr. Aloys Altmann  
Hopfenstr. 30  
24103 Kiel

Kiel, 15. Januar 2010

**Antwort der Landesregierung zu den Fragen der SSW-Fraktion zur Auflösung der globalen Minderausgaben 2009 (Umdruck 17/124)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen die Antworten der Ressorts zu den in o. g. Umdruck gestellten Fragen zur Auflösung der globalen Minderausgaben.  
Darin enthaltene Aussagen zu zukünftigen Haushaltsjahren sind dahingehend zu relativieren, dass die Ausgaben des Landes den Konsolidierungserfordernissen gem. Art. 109 Abs. 3 GG in Verbindung mit Art. 143d Abs. 1 GG anzupassen sind.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Dr. Olaf Bastian

### Fragen der

|          |                              |
|----------|------------------------------|
|          | <b>CDU</b>                   |
|          | <b>SPD</b>                   |
|          | <b>FDP</b>                   |
|          | <b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b> |
|          | <b>DIE LINKE</b>             |
| <b>x</b> | <b>SSW</b>                   |

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### Zur Auflösung der globalen Minderausgaben 2009

(Umdruck 17/73)

|                         |                                                                                                                                 |
|-------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Einzelplan:</b>      | 03                                                                                                                              |
| <b>Kapitel:</b>         | 01                                                                                                                              |
| <b>Titel / MG / TG:</b> | 684 02                                                                                                                          |
| <b>Zweckbestimmung:</b> | Zuwendungen des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf minderheitenpolitischem, kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet |

|                                           |       |
|-------------------------------------------|-------|
| <b>Ansatz 2. NT 2009 (in T €):</b>        | 105,0 |
| <b>Höhe gepl. Auflösung GMA (in T €):</b> | 30,0  |

Frage/Sachverhalt:

1. Welche Aufgaben auf minderheitenpolitischem Gebiet wurden 2009 unterstützt?
2. Wie hoch war die Gesamtsumme der Unterstützung auf minderheitenpolitischem Gebiet in 2009 und in den beiden Vorjahren?

Antwort der Landesregierung:

#### Zu Frage 1:

Es wurden zwei Projekte der deutschen Minderheit in Nordschleswig (Beschilderung Knivsberggelände, Instrumente Deutsche Schule Hadersleben) und zwei Projekte der dänischen Minderheit in Südschleswig (Erwachsenensprachkurs Dänisch, Gesundheitstag Husum) gefördert.

#### Zu Frage 2:

2007: 35,1 T€

2008: 32,0 T€

2009: 20,3 T€

Zusätzlich wurden in 2009 im Rahmen der Deckungsfähigkeit 25,0 T€ für die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV, Titel 0301 - 684 03) zur Verfügung gestellt. Es wurden in 2009 im Zusammenhang mit der Erbringung der Globalen Minderausgabe keine Anträge der Minderheiten abgelehnt. Der Anteil von Projekten der Minderheiten an der Gesamtbewilligungssumme betrug 62,6 %, unter Berücksichtigung der FUEV 78,9 %.

### Fragen der

|          |                              |
|----------|------------------------------|
|          | <b>CDU</b>                   |
|          | <b>SPD</b>                   |
|          | <b>FDP</b>                   |
|          | <b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b> |
|          | <b>DIE LINKE</b>             |
| <b>X</b> | <b>SSW</b>                   |

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### Zur Auflösung der globalen Minderausgaben 2009

(Umdruck 17/73)

|                         |                                             |
|-------------------------|---------------------------------------------|
| <b>Einzelplan:</b>      | 06                                          |
| <b>Kapitel:</b>         | 12                                          |
| <b>Titel / MG / TG:</b> | MG 17                                       |
| <b>Zweckbestimmung:</b> | Zukunftsprogramm Wirtschaft (ZPW) 2007-2013 |

|                                           |          |
|-------------------------------------------|----------|
| <b>Ansatz 2. NT 2009 (in T €):</b>        | 52.324,0 |
| <b>Höhe gepl. Auflösung GMA (in T €):</b> | 2.200,0  |

Frage/Sachverhalt:

Welche ursprünglich geplanten Maßnahmen sind nicht durchgeführt worden und werden diese später durchgeführt?

Antwort der Landesregierung:

Die Beantragung von Projekten im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft (ZPW) erfolgt in einem kontinuierlichen und über das Jahr verteilten Prozess. Der Zeitraum von der Antragstellung bis zur Bescheiderteilung umfasst in der Regel mehrere Monate, bei besonders komplexen Projekten kann der Entscheidungsprozess Jahre umfassen. Dabei werden die Projekte von einem ständigen Abstimmungs- und Koordinierungsprozess zwischen allen Beteiligten begleitet.

Parallel dazu erfolgt die Finanzplanung für das ZPW im Haushaltsaufstellungsverfahren auf Basis der zeitlich vorgelagerten OP-Anmeldung (operatives Programm) der EU. Projekt- und Finanzplanung können vor dem Hintergrund unterschiedlicher Planungszeiträume nicht exakt aufeinander abgestimmt werden. Aus diesem Grund können Abweichungen zwischen den Haushaltsansätzen und den tatsächlichen Mittelabflüssen entstehen, die im Wesentlichen auf den tatsächlichen Mittelbedarf der Projektträger zurückzuführen sind. Die Projektfinanzierung wird stets in enger Abstimmung zwischen den Fachreferaten und den Trägern entsprechend dem Bedarf im Projekt festgelegt wird.

Darüber hinaus konnte 2009 der Anteil der Landesmittel im ZPW weiter zu Lasten von EFRE- bzw. GA-Mitteln reduziert werden.

Die Kürzung der Landesmittel im ZPW hat deshalb zu keiner Streichung von Fördermaßnahmen geführt.

### Fragen der

|          |                              |
|----------|------------------------------|
|          | <b>CDU</b>                   |
|          | <b>SPD</b>                   |
|          | <b>FDP</b>                   |
|          | <b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b> |
|          | <b>DIE LINKE</b>             |
| <b>X</b> | <b>SSW</b>                   |

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### Zur Auflösung der globalen Minderausgaben 2009

(Umdruck 17/73)

|                         |                                                                                                       |
|-------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Einzelplan:</b>      | 06                                                                                                    |
| <b>Kapitel:</b>         | 13                                                                                                    |
| <b>Titel / MG / TG:</b> | MG 07                                                                                                 |
| <b>Zweckbestimmung:</b> | Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation zur Stärkung der Wirtschaft in Schleswig-Holstein |

|                                           |         |
|-------------------------------------------|---------|
| <b>Ansatz 2. NT 2009 (in T €):</b>        | 6.740,0 |
| <b>Höhe gepl. Auflösung GMA (in T €):</b> | 2.700,0 |

Frage/Sachverhalt:

Warum ist nur ca. ¼ des Ursprungsansatzes verausgabt worden? Welche ursprünglich geplanten Maßnahmen sind nicht durchgeführt worden und werden diese später durchgeführt?

Antwort der Landesregierung:

Ein Teil der eingesparten Mittel war für Maßnahmen im Rahmen des Technologietransferkonzeptes der Landesregierung vorgesehen, dass 2009 nicht mehr umgesetzt werden konnte. Die Abstimmung zwischen den Regierungsparteien hat mehr Zeit als ursprünglich geplant in Anspruch genommen. Nach der Auflösung der Regierung im Juli 2009 wurden keine weiteren Aktivitäten durchgeführt. Die neue Regierung plant das ursprüngliche Konzept zu überarbeiten. Die geplante Transferprämie für Wissenschaftler soll zukünftig aus der MG finanziert werden.

Darüber hinaus konnten Einzelmaßnahmen in das ZPW verlagert werden.

**Fragen der**

|          |                              |
|----------|------------------------------|
|          | <b>CDU</b>                   |
|          | <b>SPD</b>                   |
|          | <b>FDP</b>                   |
|          | <b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b> |
|          | <b>DIE LINKE</b>             |
| <b>X</b> | <b>SSW</b>                   |

**Landtagsfraktion**

Schleswig-Holstein

**Zur Auflösung der globalen Minderausgaben 2009**

(Umdruck 17/73)

|                         |                                                         |
|-------------------------|---------------------------------------------------------|
| <b>Einzelplan:</b>      | 06                                                      |
| <b>Kapitel:</b>         | 14                                                      |
| <b>Titel / MG / TG:</b> | MG 04                                                   |
| <b>Zweckbestimmung:</b> | Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein |

|                                           |          |
|-------------------------------------------|----------|
| <b>Ansatz 2. NT 2009 (in T €):</b>        | 92.585,0 |
| <b>Höhe gepl. Auflösung GMA (in T €):</b> | 3.000,0  |

Frage/Sachverhalt:

Welche ursprünglich geplanten Maßnahmen sind nicht durchgeführt worden und werden diese später durchgeführt?

Antwort der Landesregierung:

| NL    | Str.  | Maßnahme                            | geplante Kosten<br>2009 (T €) | geplanter<br>neuer Baubeginn |
|-------|-------|-------------------------------------|-------------------------------|------------------------------|
| FL    | L 214 | Alkersum - Töftum (Föhr)            | 780                           | 2010*                        |
|       | L 268 | OD Husby                            | 60                            | 2010*                        |
| RD    | L 307 | Schönhorst bis zur B 404            | 300                           | nach 2013*                   |
| IZ    | L 81  | Tönningstedt bis B 432              | 384                           | 2010                         |
|       | L 99  | Rellingen - Landesgrenze Hamburg    | 400                           | 2011*                        |
|       | L 320 | Zufahrt Deponie A 7                 | 500                           | 2010*                        |
| HL    | L 84  | Kreisgrenze SE einschl. OD Reinfeld | 600                           | 2011/12*                     |
| Summe |       |                                     | 3.024                         |                              |

\* Der Baubeginn für diese Maßnahmen ist abhängig von der Bereitstellung der entsprechenden Haushaltsmittel.

### Fragen der

|          |                              |
|----------|------------------------------|
|          | <b>CDU</b>                   |
|          | <b>SPD</b>                   |
|          | <b>FDP</b>                   |
|          | <b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b> |
|          | <b>DIE LINKE</b>             |
| <b>X</b> | <b>SSW</b>                   |

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### Zur Auflösung der globalen Minderausgaben 2009

(Umdruck 17/73)

|                         |                                                                  |
|-------------------------|------------------------------------------------------------------|
| <b>Einzelplan:</b>      | 07                                                               |
| <b>Kapitel:</b>         | 0704                                                             |
| <b>Titel / MG / TG:</b> | 0704 00 633 06 und 0704 00 684 06                                |
| <b>Zweckbestimmung:</b> | Förderung von Einrichtungen zum Ausbau der Kindertagespflege.... |

|                                           |                  |
|-------------------------------------------|------------------|
| <b>Ansatz 2. NT 2009 (in T €):</b>        | jeweils 500,0 T€ |
| <b>Höhe gepl. Auflösung GMA (in T €):</b> | jeweils 500,0 T€ |

Frage/Sachverhalt:

Warum ist die Maßnahme nicht durchgeführt worden und wird diese später durchgeführt?

Antwort der Landesregierung:

Der Förderansatz zum Ausbau der Kindertagespflege sowie weiterer familienunterstützender Maßnahmen wurde im Jahr 2009 der globalen Minderausgabe zugeführt, weil dies das einzige Förderprogramm war, das noch nicht begonnen wurde. Damit wurde verhindert, dass Einsparungen in laufenden Förderprogrammen des MBK zu Einschnitten in der vorschulischen Bildung führten. Eine teilweise Kürzung des Fördervolumens kam aufgrund der ohnehin knapp kalkulierten Haushaltsmittel nicht in Frage. Eine spätere Durchführung ist aufgrund der weiteren Notwendigkeit von Einsparungen im Landeshaushalt nicht geplant.

### Fragen der

|          |                              |
|----------|------------------------------|
|          | <b>CDU</b>                   |
|          | <b>SPD</b>                   |
|          | <b>FDP</b>                   |
|          | <b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b> |
|          | <b>DIE LINKE</b>             |
| <b>x</b> | <b>SSW</b>                   |

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### Zur Auflösung der globalen Minderausgaben 2009

(Umdruck 17/73)

|                         |                                                   |
|-------------------------|---------------------------------------------------|
| <b>Einzelplan:</b>      | 07                                                |
| <b>Kapitel:</b>         | 0710                                              |
| <b>Titel / MG / TG:</b> | 68418 MG 17                                       |
| <b>Zweckbestimmung:</b> | Förderung von Ganztagsangeboten an Ganztagschulen |

|                                           |         |
|-------------------------------------------|---------|
| <b>Ansatz 2. NT 2009 (in T €):</b>        | 5.400,0 |
| <b>Höhe gepl. Auflösung GMA (in T €):</b> | 1.000,0 |

Frage/Sachverhalt:

Sind zu wenig Förderungsanträge eingegangen? Wenn ja, warum? Haben die Antragsteller die Förderungsvoraussetzungen nicht erfüllt? Wenn ja, warum?

Antwort der Landesregierung:

Die Haushaltsmittel zur Förderung Offener Ganztagschulen sind nicht gekürzt worden, dementsprechend sind keine Maßnahmen entfallen. Im Haushaltsjahr 2009 standen dem MBK 5,4 Mio. € für die Förderung von Ganztagsangeboten an Offenen Ganztagschulen zur Verfügung, davon sind 4,4 Mio. € abgeflossen. Von den nicht verbrauchten Mitteln werden 590.000 € zur Erbringung der globalen Minderausgabe eingesetzt. Die Differenz zwischen dem Haushaltsansatz und dem tatsächlichen Mittelabfluss erklärt sich wie folgt:

Die Anmeldung der Haushaltsansätze basierte auf Hochrechnungen aus den Jahren 2007 und 2008, denen u.a. folgende Annahmen zugrunde lagen:

- Steigerung der Teilnehmerquote und Erweiterung der Angebotsstunden an den bestehenden Ganztagschulen um 10 % gegenüber dem vorhergehenden Schuljahr
- weiterer Ausbau und Zuwachs von förderfähigen Ganztagschulen in allen Schularten, insbesondere durch Einrichtung von 90 Regional- und 67 Gemeinschaftsschulen als Offene Ganztagschulen mit einer Durchschnittsförderung von rund 16.000 € je Schule und Schuljahr

Der weitere Ausbau förderfähiger Schulen hat sich nicht in dem Umfang vollzogen, wie er zu erwarten war. Auf der Grundlage des Erkenntnisstandes zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung 2009/10 konnte die Zahl von Schulen, die sich in Umsetzung des Schulgesetzes zu Regional- und Gemeinschaftsschulen entwickeln, lediglich prognostiziert werden. Zum Zeitpunkt der Hochrechnung war nicht absehbar, wie viele Schulträger die Entwicklung zu Regional- und Gemeinschaftsschulen beantragen würden. Eben so wenig konnte eine exakte Einschätzung darüber erfolgen, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang Anträge auf Förderung nach der Richtlinie für Offene Ganztagschulen gestellt würden. Im Ergebnis wurden im Schuljahr 2009/10 insgesamt 82 Schulen, davon 38 Regional- und Gemeinschaftsschulen, weniger gefördert als angenommen.

Ist-Stand: Im Schuljahr 2009/10 gibt es insgesamt 406 genehmigte Offene Ganztagschulen, von denen 351 Schulen nach der aktuellen Förderrichtlinie förderfähig waren (Realschulen und Gymnasien sowie Grundschulen, die nach dem 28.02.08 als OGTS genehmigt worden sind, waren von der Förderung ausgeschlossen). Tatsächlich haben Träger von 338 Ganztagschulen eine Förderung zum Schuljahr 2009/10 beantragt und erhalten. Für 13 Schulen ist z.B. aufgrund noch zu tätiger Investitionen keine Förderung beantragt worden.

Förderung für das Schuljahr 2010/11:

Ab dem Schuljahr 2010/11 werden weitere förderfähige Regional- und Gemeinschaftsschulen entstehen. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass die jetzt von einer Förderung prinzipiell ausgeschlossenen Gymnasien, Realschulen und Grundschulen in die Förderung aufgenommen werden. Der Änderungsentwurf der Förderrichtlinie befindet sich derzeit in der Anhörung bei den Kommunalen Landesverbänden. Die Inkraftsetzung ist für den 01.03.2010 geplant.



**Fragen der**

|          |                              |
|----------|------------------------------|
|          | <b>CDU</b>                   |
|          | <b>SPD</b>                   |
|          | <b>FDP</b>                   |
|          | <b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b> |
|          | <b>DIE LINKE</b>             |
| <b>X</b> | <b>SSW</b>                   |

**Landtagsfraktion**

Schleswig-Holstein

**Zur Auflösung der globalen Minderausgaben 2009**

(Umdruck 17/73)

|                         |                                               |
|-------------------------|-----------------------------------------------|
| <b>Einzelplan:</b>      | 09                                            |
| <b>Kapitel:</b>         | 0910                                          |
| <b>Titel / MG / TG:</b> | 633 06 MG 02                                  |
| <b>Zweckbestimmung:</b> | Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände |

|                                           |       |
|-------------------------------------------|-------|
| <b>Ansatz 2. NT 2009 (in T €):</b>        | 786,0 |
| <b>Höhe gepl. Auflösung GMA (in T €):</b> | 331,0 |

Frage/Sachverhalt:

Warum sinken die Zuweisungen?

Antwort der Landesregierung:

Zur Einsparung vorgesehen sind Haushaltsmittel aus dem Kap. 0910 – MG 02 „Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen“. Es handelt sich hierbei um Ausgaben, die der Abwicklung sowohl der alten ESF-Förderperiode (bis 2009 einschl. Auslaufjahren und Restabwicklung) als auch des Schleswig-Holstein Fonds dienen. Mittel, die hierfür eingeplant waren, werden nicht mehr benötigt und können daher zur Einsparung herangezogen werden.

### Fragen der

|          |                              |
|----------|------------------------------|
|          | <b>CDU</b>                   |
|          | <b>SPD</b>                   |
|          | <b>FDP</b>                   |
|          | <b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b> |
|          | <b>DIE LINKE</b>             |
| <b>X</b> | <b>SSW</b>                   |

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### Zur Auflösung der globalen Minderausgaben 2009

(Umdruck 17/73)

|                         |                                                                  |
|-------------------------|------------------------------------------------------------------|
| <b>Einzelplan:</b>      | 10                                                               |
| <b>Kapitel:</b>         | 12                                                               |
| <b>Titel / MG / TG:</b> | 633 02/MG 06                                                     |
| <b>Zweckbestimmung:</b> | Zuweisungen für präventive Maßnahmen örtlicher Jugendhilfeträger |

|                                           |       |
|-------------------------------------------|-------|
| <b>Ansatz 2. NT 2009 (in T €):</b>        | 845,0 |
| <b>Höhe gepl. Auflösung GMA (in T €):</b> | 138,2 |

Frage/Sachverhalt:

Warum sinken die Zuweisungen?

Antwort der Landesregierung:

Im Titel 1012 – 633 02 MG 06 ist ein Teilansatz in Höhe von 200,0 T€ vorgesehen für die Förderung von Familienbüros.  
Zur Zeit bestehen in Schleswig-Holstein drei förderfähige Familienbüros in Niebüll, Bad Bramstedt und Bornhöved. Für diese Familienbüros wurden im Haushaltsjahr Fördermittel in Höhe von 61,8 T€ abgerufen, so dass ein Haushaltsrest von 138,2 T€ verblieb. Diese Mittel konnten somit zur Deckung der globalen Minderausgabe verwendet werden. Negative Auswirkungen auf Jugendhilfeträger, Einrichtungen oder Jugendliche im Sinne der Fragen der SPD-Fraktion ergaben sich daraus nicht.  
Von zwei Kreisen ist derzeit bekannt, dass dort die Einrichtung von Familienbüros geplant ist. Es ist somit davon auszugehen, dass die Mittel künftig vermehrt für den vorgesehenen Verwendungszweck abfließen werden.

### Fragen der

|          |                              |
|----------|------------------------------|
|          | <b>CDU</b>                   |
|          | <b>SPD</b>                   |
|          | <b>FDP</b>                   |
|          | <b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b> |
|          | <b>DIE LINKE</b>             |
| <b>x</b> | <b>SSW</b>                   |

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### Zur Auflösung der globalen Minderausgaben 2009

(Umdruck 17/73)

|                         |                                                                                                                                                          |
|-------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Einzelplan:</b>      | 10                                                                                                                                                       |
| <b>Kapitel:</b>         | 12                                                                                                                                                       |
| <b>Titel / MG / TG:</b> | 63304 / 07                                                                                                                                               |
| <b>Zweckbestimmung:</b> | Erstattung von Kosten der Hilfe zur Erziehung Minderjähriger ohne gewöhnlichen Aufenthalt und an unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Asylbewerber |

|                                           |         |
|-------------------------------------------|---------|
| <b>Ansatz 2. NT 2009 (in T €):</b>        | 3.792,7 |
| <b>Höhe gepl. Auflösung GMA (in T €):</b> | 1.000,0 |

Frage/Sachverhalt:

1. Welche Maßnahmen haben zur Senkung der Aufwendungen geführt?
2. Ist zu erwarten, dass die Aufwendungen auch in Zukunft bei ca. 2,8 Mio € liegen? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum?

Antwort der Landesregierung:

Zu 1.)

Es haben keine eigenen Maßnahmen des Landes zur Senkung der Aufwendungen geführt, weil ein einzelnes Land keine derartigen Maßnahmen durchführen kann. Vielmehr sind die Minderausgaben dadurch eingetreten, dass wider Erwarten deutlich weniger Erstattungsforderungen von den erstattungsberechtigten örtlichen Trägern, die sich über das ganze Bundesgebiet verteilen, geltend gemacht wurden. Wie in jedem Jahr liegen bisher größtenteils Erstattungsforderungen für Aufwendungen nur aus dem ersten Halbjahr vor. Zum Verfahren wird darauf hingewiesen, dass die Kosten weit überwiegend durch Fälle nach § 89 d SGB VIII für Jugendhilfeleistungen der zuständigen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im gesamten Bundesgebiet an minderjährige Flüchtlinge und Asylbewerber, die unbegleitet nach Deutschland einreisen, entstehen. Die Fälle werden den Ländern vom Bundesverwaltungsamt nach einem feststehenden Verteilerschlüssel zur Erstattung zugewiesen; der Ausgleich von Über- und Unterbelastungen der einzelnen Länder wirkt sich erst in den folgenden Jahren aus. Das Land hat weder Einfluss auf die Zahl der Zuweisungen und die Höhe der Kosten der Einzelfälle noch darauf, wann die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe ihre Rechnungen zur Erstattung einreichen.

Zu 2.)

Es ist nicht zu erwarten, dass die Aufwendungen in Zukunft bei ca. 2,8 Mio € bleiben werden, weil offensichtlich die Zahl der eingereisten Flüchtlinge bundesweit steigt. Eingehende Prognosen (s. auch vorstehende Angaben zum Verfahren) darüber können von hier allerdings nicht angestellt werden.

### Fragen der

|          |                              |
|----------|------------------------------|
|          | <b>CDU</b>                   |
|          | <b>SPD</b>                   |
|          | <b>FDP</b>                   |
|          | <b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b> |
|          | <b>DIE LINKE</b>             |
| <b>X</b> | <b>SSW</b>                   |

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### Zur Auflösung der globalen Minderausgaben 2009

(Umdruck 17/73)

|                         |                                                                                        |
|-------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Einzelplan:</b>      | 13                                                                                     |
| <b>Kapitel:</b>         | 13                                                                                     |
| <b>Titel / MG / TG:</b> | 53423 / MG 23                                                                          |
| <b>Zweckbestimmung:</b> | Unterstützende Tätigkeiten im Rahmen des Vertragsnaturschutzes und des Halligprogramms |

|                                           |          |
|-------------------------------------------|----------|
| <b>Ansatz 2. NT 2009 (in T €):</b>        | 100,0 T€ |
| <b>Höhe gepl. Auflösung GMA (in T €):</b> | 25,5 T€  |

Frage/Sachverhalt:

Warum sinken die Zuweisungen und ist zu erwarten, dass in den Folgejahren entsprechend mehr Maßnahmen durchgeführt und finanziert werden müssen?

Antwort der Landesregierung:

Im laufenden Jahr 2009 konnte die GMA aus diesem Titel anteilig mitfinanziert werden, weil im laufenden Haushaltsjahr für die Untersuchungs- und Berichtspflichten gegenüber der EU-KOM für diesen Bereich weniger Mittelaufwand erforderlich war, als es in den kommenden Jahren der Fall sein wird. In den kommenden Jahren erhöhen sich der Umfang / Aufwand der Untersuchungs- und Berichtspflichten auf Grund weiterer neuer Vertragsmuster im Bereich Vertragsnaturschutz und somit auch der Mittelbedarf. Daher ist davon auszugehen, dass mit den in der MFP fortgeschriebenen Ansätzen der Mittelbedarf für die Untersuchungs- und Berichtspflichten der kommenden Haushaltsjahre finanziert werden kann.

### Fragen der

|          |                              |
|----------|------------------------------|
|          | <b>CDU</b>                   |
|          | <b>SPD</b>                   |
|          | <b>FDP</b>                   |
|          | <b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b> |
|          | <b>DIE LINKE</b>             |
| <b>X</b> | <b>SSW</b>                   |

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### Zur Auflösung der globalen Minderausgaben 2009

(Umdruck 17/73)

|                         |                                                                                 |
|-------------------------|---------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Einzelplan:</b>      | 13                                                                              |
| <b>Kapitel:</b>         | 13                                                                              |
| <b>Titel / MG / TG:</b> | 68125 / MG 23                                                                   |
| <b>Zweckbestimmung:</b> | Entschädigungen für Nutzungsbeschränkungen im Rahmen des Dauergrünlandprogramms |

|                                           |          |
|-------------------------------------------|----------|
| <b>Ansatz 2. NT 2009 (in T €):</b>        | 210,0 T€ |
| <b>Höhe gepl. Auflösung GMA (in T €):</b> | 50,0 T€  |

Frage/Sachverhalt:

Warum sinken die Zuweisungen und ist zu erwarten, dass in den Folgejahren entsprechend mehr Maßnahmen durchgeführt und finanziert werden müssen?

Antwort der Landesregierung:

Im laufenden Jahr 2009 konnte die GMA aus diesem Titel anteilig mitfinanziert werden, weil weniger Verträge für das Dauergrünland-Programm zu bedienen waren. Darüber hinaus gibt es ab 2010 zwei weitere Vertragsmuster im Bereich Vertragsnaturschutz, bei denen bereits in 2009 ein deutliches Interesse und auch bereits Anträge von Vertragspartnern vorliegen. Daher ist davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren wieder mehr Vertragsabschlüsse zustande kommen und der höhere Mittelbedarf voraussichtlich mit den in der MFP fortgeschriebenen Ansätzen der kommenden Haushaltsjahre finanziert werden können.

### Fragen der

|          |                              |
|----------|------------------------------|
|          | <b>CDU</b>                   |
|          | <b>SPD</b>                   |
|          | <b>FDP</b>                   |
|          | <b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b> |
|          | <b>DIE LINKE</b>             |
| <b>X</b> | <b>SSW</b>                   |

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### Zur Auflösung der globalen Minderausgaben 2009

(Umdruck 17/73)

|                         |                                                                |
|-------------------------|----------------------------------------------------------------|
| <b>Einzelplan:</b>      | 13 Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume  |
| <b>Kapitel:</b>         | 1314 Forstwirtschaft, Jagd                                     |
| <b>Titel / MG / TG:</b> | 06 53351 Forstliche Standortkartierung                         |
| <b>Zweckbestimmung:</b> | Forstliche Standortkartierung im Privat- und Körperschaftswald |

|                                           |           |
|-------------------------------------------|-----------|
| <b>Ansatz 2. NT 2009 (in T €):</b>        | 114,8 T € |
| <b>Höhe gepl. Auflösung GMA (in T €):</b> | 64,8 T €  |

Frage/Sachverhalt:

Warum sinken die Zuweisungen und ist zu erwarten, dass in Folgejahren entsprechend mehr Maßnahmen durchgeführt und finanziert werden müssen?

Antwort der Landesregierung:

Die Einsparungen bei der Finanzposition 1314 06 533 51 Forstliche Standortkartierung im Privat- und Körperschaftswald ergeben sich aufgrund der haushaltlichen Einsparungszwänge.

Es handelt sich bei der Forstlichen Standortkartierung um eine gesetzliche Pflichtaufgabe nach § 5 Abs. 6 Landeswaldgesetz. Es ist jedoch nicht vorgegeben, bis wann diese Aufgabe erfüllt sein soll, so dass hier die Möglichkeit besteht, die geplanten Maßnahmen auf Folgejahre zu verschieben. Daher werden in den Folgejahren nicht entsprechend mehr Maßnahmen durchgeführt und finanziert, lediglich der Abschluss der Forstlichen Standortkartierung im Privat- und Körperschaftswald verlagert sich weiter nach hinten.

### Fragen der

|          |                              |
|----------|------------------------------|
|          | <b>CDU</b>                   |
|          | <b>SPD</b>                   |
|          | <b>FDP</b>                   |
|          | <b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b> |
|          | <b>DIE LINKE</b>             |
| <b>X</b> | <b>SSW</b>                   |

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### Zur Auflösung der globalen Minderausgaben 2009

(Umdruck 17/73)

|                         |                                |
|-------------------------|--------------------------------|
| <b>Einzelplan:</b>      | 13                             |
| <b>Kapitel:</b>         | 1318                           |
| <b>Titel / MG / TG:</b> | 68402                          |
| <b>Zweckbestimmung:</b> | Freiwilliges Ökologisches Jahr |

|                                           |               |
|-------------------------------------------|---------------|
| <b>Ansatz 2. NT 2009 (in T €):</b>        | 1.220,0 T€ EP |
| <b>Höhe gepl. Auflösung GMA (in T €):</b> | 20,0          |

Frage/Sachverhalt:

Warum sinken die Zuweisungen und ist es zu erwarten, dass in Folgejahren entsprechend mehr Maßnahmen durchgeführt und finanziert werden müssen?

Antwort der Landesregierung:

Im Haushaltsjahr 2009 waren im laufenden Vollzug globale Minderausgaben in Höhe von 1,45 Mio. € bei den Sachausgaben und Zuwendungen zu erwirtschaften. Da schon zu Beginn des Jahres diese Ausgaben rechtlich und vertraglich weitgehend gebunden waren, mussten alle noch frei verfügbaren Mittel in die Überlegungen zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe mit einbezogen werden.

Über die Höhe der Zuweisung für das neue FÖJ-Jahr vom 01.08.2010 bis 31.07.2011 (Haushaltsjahre 2010/2011) gibt es derzeit noch keine Festlegungen.



### Fragen der

|          |                              |
|----------|------------------------------|
|          | <b>CDU</b>                   |
|          | <b>SPD</b>                   |
|          | <b>FDP</b>                   |
|          | <b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b> |
|          | <b>DIE LINKE</b>             |
| <b>X</b> | <b>SSW</b>                   |

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### Zur Auflösung der globalen Minderausgaben 2009

(Umdruck 17/73)

|                         |                                                                                    |
|-------------------------|------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Einzelplan:</b>      | 13                                                                                 |
| <b>Kapitel:</b>         | 1318                                                                               |
| <b>Titel / MG / TG:</b> | 68405                                                                              |
| <b>Zweckbestimmung:</b> | Institutionelle Förderung des Bündnisses Entwicklungspolitischer Initiativen (BEI) |

|                                           |         |
|-------------------------------------------|---------|
| <b>Ansatz 2. NT 2009 (in T €):</b>        | 25,0 T€ |
| <b>Höhe gepl. Auflösung GMA (in T €):</b> | 10,0    |

Frage/Sachverhalt:

Bestanden schriftliche oder vertragliche Zusagen auf institutionelle Förderung? Wenn ja, warum ist die Summe gekürzt worden? Wenn nein, wird eine entsprechende Grundlage geschaffen?

Antwort der Landesregierung:

Es bestehen weder schriftliche noch vertragliche Zusagen auf institutionelle Förderungen. Das BEI hat zuletzt 2006 eine institutionelle Förderung erhalten. Im Haushalt 2009/10 hat der Landtag für die Jahre 2009 und 2010 jeweils 25 T€ eingestellt.  
Im Haushaltsjahr 2009 waren im laufenden Vollzug globale Minderausgaben in Höhe von 1,45 Mio. € bei den Sachausgaben und Zuwendungen zu erwirtschaften. Da schon zu Beginn des Jahres diese Ausgaben rechtlich und vertraglich weitgehend gebunden waren, mussten alle noch frei verfügbaren Mittel in die Überlegungen zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe mit einbezogen werden.  
Zur Begründung im Einzelnen s. Kleine Anfrage der Abgeordneten Monika Heinold und des Abgeordneten Bernd Voß (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN (Drucksache 17/76).  
In einem Gespräch im MLUR am 6. Februar 2009, an dem unter anderem der Vorsitzende von BEI e.V. teilgenommen hat, wurde die Förderung in Höhe von 15 T€ mitgeteilt. Der Betrag wurde in zwei gleichen Tranchen am 26.05.09 und am 01.09.09 ausgezahlt.  
Es ist nicht geplant, die institutionelle Förderung für 2009/2010 auf eine vertragliche Grundlage zu stellen.